

ZEUGENSCHRIFTUM

Name: ALLMER, Max	ZS Nr. 2360	Bd. I	Vermerk:
katalogisiert Seite: 1 - 6 Sachkatalog: II: Parteien 2. - 05.10 Bay. Bayern 11. - 1. Mü./Obb.	Personen: Allmer, Max		
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> SPERRFRIST bis aufgehoben am 6.2.03 </div> RAL			
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert: Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Die Entstehung der SPD seit Mai 1945 bis
Dezember 1946 im Raume München und Schwaben/Oberbayern, aufgezeichnet nach den Angaben von Bezirkssekretär Max Allmer

In der zweiten Hälfte des Monats Mai 1945 fanden sich bei Thomas Wimmer Freunde zusammen, um über die Gründung der SPD zu sprechen. U.A. gehörten dazu Karl Erhard, Toni Weiss und Christel Roith. Als das Leben in der zerstörten Stadt langsam wieder begann und auch die Ämter wieder tätig wurden, trat auch Thomas Wimmer wieder seine Stellung beim Münchner Arbeitsamt an in einem Saal mit vielen anderen Angestellten. Es sprach sich in Kreise der ehemaligen Funktionäre sehr schnell herum, dass Thomas Wimmer wieder seine Arbeit im Arbeitsamt aufgenommen hatte. Täglich kamen alte Sektionsführer und andere Funktionäre und erklärten Thomas Wimmer ihre Bereitschaft, wieder mit beim Aufbau der SPD zu helfen. Wimmer machte alle Einsatzwilligen darauf aufmerksam, dass jede politische Betätigung verboten sei, gab aber zugleich jedem Adressen mit, um die alten Verbindungen wieder aufzunehmen. So gab es schon lange vor dem 1. November 1945, als die Militärregierung die politischen Parteien wieder zugelassen hat, eine illegale SPD-Organisation mit ca. 6 - 7000 Mitgliedern.

In der Zwischenzeit wurde am 1. August 1945 der Stadtrat von der Militärregierung berufen, von der Thomas Wimmer als dritter Bürgermeister eingesetzt wurde. Von da an wurde es für die führenden Mitglieder schon etwas leichter zusammenzukommen. Thomas Wimmer berief die Sitzungen der SPD in seinem Bürgermeisterrath, das er ja auch liebsten als Oberbürgermeister noch behalten hätte, im 2. Stock des Münchner Rathauses ein.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 6929/84	Zeit. ZS 2360
Rep. /	Kat. Ras/Dr. Hoch

Der Aufbau der Parteiarbeit und der Mitarbeit von Thomas Wimmer steuerte einer Krise zu, als die Militärregierung das Haus von Wimmer in Harlaching beschlagnahmen wollte. Er erklärte der Militärregierung, dass er daraufhin jede politische Tätigkeit einstellen und das Amt des dritten Bürgermeisters niederlegen werde. Er rechnete dem damaligen Militärgouverneur Godfrey genau vor, was das Haus im Jahre 1927 gekostet habe und erklärte, dass er das Haus mit seinen eigenen "Pratzen" erbaut habe. Die Militärregierung nahm dann von der Beschlagnahme Abstand.

Es gingen schon bald Gerüchte um, dass die Militärregierung die Zulassung von Parteien erlauben werde, so dass die ganze Situation von einer grossen Unsicherheit gekennzeichnet war. Es schob sich aber noch Monate hinaus. In dieser Zeit wurden mit Hilfe des Stadtrats Räume für ein Büro in der Mathildenstrasse in einem Altersheim beschafft und Christl Roith, Stadtrat und Landtagsabgeordneter in den letzten drei Monaten vor der Machtergreifung von 1933, als viele aus Angst nicht mehr kandidierten, später im KZ Dachau, wurde als erster Parteisekretär vorgesehen. Die Zulassung der SPD erfolgte dann im November 1945. Dabei wurde die CSU acht Tage früher lizenziert als die SPD, die bereits über einen kompletten Parteiapparat verfügte.

Am 25.11.1945 war im ungeheizten Prinzregententheater die Gründungsversammlung der SPD für ganz Bayern. Dr. Wilhelm Hoegner, der als erster Emigrant aus der Schweiz zurückgekehrt war, hielt dort das Referat. Die Versammlung war überfüllt. Die Organisation der Partei machte sich schon insofern bemerkbar, dass Ordnungsleute die Teilnehmer einwiesen und der Volkshor München sang.

In der SPD fanden sich so viele alte Parteimitglieder und auch jüngere Menschen zusammen, dass in München im Januar 1946 ein Mitgliederstand von 14.000 Personen zu verzeichnen war. Über Geldmangel konnte nicht geklagt werden, aber es

- 3 -

gab ja dafür nichts zu kaufen. Das Holz zum Heizen des Büros wurde zuerst aus dem Stiegenhaus genommen, bis Kumpels aus Peissenberg und Penzberg mit einem Konsumlastwagen vorfahren und Kohlen vor das Haus schütteten.

Am 1.12.1945 wurde ein weiterer Sekretär angestellt, Max Allmer.

Im Frühjahr 1946 erfolgten die ersten Neuwahlen in den Münchner Sektionen. Grösstenteils wurden die alten Funktionäre, die bereits vor 1933 tätig waren, wiedergewählt, nur dort, wo sie gestorben waren, wurden Jüngere gewählt. Fast 75% des Funktionärkörpers waren Leute, die bereits vor 1933 in der SPD gearbeitet hatten. Es fehlte grossenteils die Jugend. Zu ihr hatte man noch keine rechte Beziehung gefunden. Es gab vereinzelte Gruppen von jüngeren Mitgliedern, die sich damals aber noch nicht "Jungsozialisten" nannten. Durch diese Gruppen entstand auch eine Opposition gegen die Älteren. Die Jüngeren merkten auch bald, dass es Positionen zu verteilen gab, so dass die Opposition manchmal recht kräftig war. Die Folge davon war z.B., dass Christl Roith seinen Posten räumen musste. Allerdings konnte auch die Opposition nicht den Platz einnehmen, sondern es wurde aus Köln Franz Marx als Parteisekretär nach München geholt. Roith wurde von Thomas Wimmer beauftragt, die Bezirksorganisation aufzubauen. Hierfür wurde im Juni 1946 wiederum ein Büro eingerichtet. Roith zur Seite stand Georg Keil, der alte Bezirkssekretär vor 1933. Bis zu diesem Zeitpunkt stellte die Münchner Partei eigentlich die ganze SPD in Bayern dar. Zwischen den einzelnen Orten bestanden untereinander noch keine Verbindungen. Im September 1946 übernahm Max Allmer das Bezirksbüro, während Christl Roith als Technischer Direktor zum Konsum ging. Natürlich war es gerade beim Aufbau des Bezirks besonders schlimm, dass keine technischen Einrichtungen zur Verfügung standen. Alle Fahrten, die im Bezirk unternommen wurden, mussten zunächst mit dem Fahrrad geschehen, bis ein von der Militärregierung eingerichtetes Amt Beschlagnahmen bei Nazis durchführte und der SPD Büroeinrichtungen und technische Geräte zur Verfügung gestellt wurden. Ab Februar 1946 stand dann auch ein Kraftfahrzeug zur Verfügung. Dabei tauch-

ten natürlich die Sorgen für die Bereifung und das Benzin auf. Pannen waren unvermeidlich und damit natürlich unfreiwillige Aufenthalte unterwegs. Von der Gründungsversammlung am 25.11. 1945 bis zu den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 bildeten sich die alten Ortsvereine in den Bezirken Schwaben und Oberbayern wieder. Es war daher nicht schwer, im August und September 1946 die Arbeit in dieser Hinsicht voranzutreiben, um einen neuen Bezirk zu gründen. Die erste Bezirkskonferenz fand in München im Oktober 1946 in der Grossküche in Ramersdorf unter Leitung von Thomas Wimmer statt, der zu dieser Zeit den Vorsitz von München schon an Franz Marx übergeben hatte. 1933 hatte der Bezirk Oberbayern/Schwaben, wie er damals hiess, nur 240 Ortsvereine. 1946 konnten schon über 600 Ortsvereine in den Bezirk Südbayern aufgenommen werden. Bei der überwiegenden Zahl der neuen Ortsvereine handelte es sich um Gründungen von Flüchtlingen. Sie stellten sich in der neuen Heimat sofort wieder der Parteiarbeit zur Verfügung, ohne dabei eigene Organisationen für sich ins Leben zu rufen. Einige bayerische SPD-Mitglieder kümmerten sich in aufopfernder Weise um die Heimatvertriebenen, besonders der verstorbene Oberbürgermeister von Rosenheim, Sepp Selbald.

Nachdem besonders die Mitglieder wieder in die SPD eingetreten waren, die ihr bereits vor 1933 angehört hatten, machte sich natürlich bald eine gewisse Überalterung bemerkbar. Dazu kamen nur einige Wenige, die der Krieg überzeugt hatte, dass sie sich zu einer demokratischen Partei bekennen müssen, um in Zukunft einer Diktatur keine Existenzberechtigung zu geben. Die Jugend war in dieser Zeit noch schwer zu gewinnen. Die jungen Leute, die aus dem Feld zurückgekehrt waren, hatten vorerst genug von Organisationen und waren froh, wieder bei ihren Familien sein, sich eine Existenz aufbauen und eigene Wege gehen zu können. Es dauerte mindestens bis zum Jahre 1950, dass man zum ersten Mal davon sprechen konnte,

dass junge Menschen in grösserem Umfang Parteimitglieder wurden. Auf die Überalterung der Mitgliedschaft war es auch zurückzuführen, dass die Mitgliederzahl bis zum Jahre 1955 zurückging. Die Todesfälle häuften sich in den ersten zehn Jahren sehr.

Zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 wurden für München und Oberbayern 17 Wahlvorschläge an die Regierung eingereicht. Zur Landesversammlung wurde das erste Mal wieder eine Wahl grösseren Stils organisiert. Die SPD warb mit folgenden Worten für ihre Kandidaten zur Landesversammlung:

"Sorge dafür, dass die Verfassung die veränderte soziale Lage wiedergibt. Nicht der, der Geld oder Land besitzt, hat die Macht, sondern alle Macht gehört in die Hand des Volkes.

Überlege Dir, wer trägt am schwersten an den Lasten des verlorenen Krieges? Der, der am wenigsten besitzt und vielleicht auch dieses Wenige im Kriege noch verloren hat. Wer muss schaffen und arbeiten, damit der Wiederaufbau durchgeführt werden kann? Es sind wieder die gleichen Schichten des Volkes.

Alle Schaffenden haben deshalb das Recht, dass ihre Arbeit für den Frieden in der Verfassung ihren Niederschlag findet. Du gehörst zu jenen, die für den Neubau arbeiten. Wähle die Vertreter der Partei, die für Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpft."

(Losung auf allen Flugblättern für die Kandidaten)

Bei der Wahl gaben 72,1% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die SPD erhielt 51 Mandate, d.h. 28,8% der Stimmen.

Am 21.9.1946 wurden auf einer Delegiertenkonferenz die Kandidaten für die 10 Münchner Stimmkreise für die Landtagswahlen am 1.12.1946, wo auch über die Bayerische Verfassung in einem

Volksentscheid abgestimmt werden sollte, aufgestellt. Die Vorschlagsmodalitäten waren ausserordentlich streng, so wurde in einem Schreiben vom 8. November 1946 des Kreiswahlleiters bemängelt, dass aus den vorgelegten Niederschriften nicht hervorgehe, "dass alle Mitglieder und Delegierten das uneingeschränkte Recht haben, Bewerber vorzuschlagen" und "dass den Mitgliedern und Delegierten vor der Abstimmung eine angemessene Zeit eingeräumt wurde, die Bewerber kennen zu lernen."

Bei den Landtagswahlen beteiligten sich dann 75,7% der wahlberechtigten Bürger, was der SFD 28,6% der Stimmen und 54 Landtagsabgeordnete einbrachte. Damit konnte dann eine kontinuierliche politische Arbeit beginnen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv